



Kurzfassung von PD Dr. Maximilian Terhalle

Deutschland im strategischen Vakuum?

Kanzlerin Angela Merkels Erinnerung vom Juni, dass die Europäische Union nicht alleine die Sicherheit in unserem Gebiet gewährleisten könne, wirkte blass, da sie eine ohnehin seit langem vorhandene Realität beschrieb. Viel stärker aber noch eine Spannung, deren schiere Gefährlichkeit in der Gewöhnung an den für selbstverständlich gehaltenen - wiewohl seit Jahrzehnten gescholtenen - Abschreckungsschirm der USA untergegangen ist. Auf Amerika sei letztlich Verlass, wir spielen darin, grundgesetzlich und international festgelegt, keine Rolle. So der Tenor in Deutschland.

Abschreckung beruht nun auf zwei Säulen: Der Fähigkeit und dem Willen zur Abschreckung. Nur dadurch wird Abschreckung jene Glaubwürdigkeit verliehen, die den potentiellen Gegner von der Verletzung vitaler Sicherheitsinteressen abhält. Da Deutschland aber solches Abschreckungspotential erst gar nicht besitzt, liegt die Wahrung unserer Sicherheit seit jeher in den Händen der USA. Und: Abschreckung dient der Kompensation des konventionellen Ungleichgewichts zwischen (einem nun virulent) aggressiv auftretenden Russland und Mitteleuropa.

Donald Trump hat nun während seines Wahlkampfes - in strategisch fahrlässiger Form - auf die Versäumnisse europäischer und insbesondere deutscher Sicherheitspolitik hingewiesen. Während seine Forderung nach substantieller Erhöhung der Wehretats unbestreitbar ist, hat er die Glaubwürdigkeit westlicher Abschreckungsstrategie mit einem Twitterstrich öffentlich in Frage gestellt. Und

damit dem, der abgeschreckt werden soll – einem ob solcher Bären Dienste freudig überraschten Wladimir Putin – mit viel Elan in die Hände gespielt. Ein Fehler, dessen Reichweite und Gefährlichkeit hierzulande in seiner Bedeutung noch nicht erkannt worden ist. Dass dies bisher nicht zum Nachdenken geführt hat, zeigt, wie wenig der wichtige Anstoß Joachim Gaucks aus dem Jahre 2014 tatsächlich die strategischen Instinkte der sicherheitspolitischen Elite geschärft hat.

Natürlich kann man abwiegelnd sagen, jetzt wollen wir erst einmal abwarten, was der amerikanische Präsident wirklich tut (und ihm für etwaige Kooperation *Bedingungen* stellen). Letztlich ist dies aber nur ein verzagtes Hoffen auf ein *Es wird schon nicht so schlimm*, das nur die eherne bundesrepublikanische Gewöhnung an den Abschreckungsschirm widerspiegelt.

Niemand will deshalb bisher in Berlin *die* zentrale strategische Frage stellen: Wie kompensiert Deutschland den *möglichen* Wegfall des nuklearen Abschreckungsschirms? Diese Frage muss jetzt gestellt werden. Gewiss ist dies ein Szenario, das nur eintritt, wenn Trump tatsächlich der NATO in ihrer gegenwärtigen Ausrichtung den Rücken dreht. Aber genau darüber, nämlich Worst-Case-Szenarios, müssen Sicherheitspolitiker vertieft nachdenken. Wenn sich Amerika zurückzieht, steht, *horrible dictu*, der strategische Schutz unserer nationalen Sicherheit auf dem Spiel. Und damit der Handlungsspielraum deutscher Politik. Es sollte zu denken geben, dass der japanische Präsident, der unter Umständen einem ähnlichen Dilemma entgegenblickt, einer der ersten Gäste in den Trump Towers war.

Wie kann deutsche Sicherheitspolitik das Szenario des potentiellen Wegfalls des nuklearen Abschreckungsschirms analysieren? Es gilt zweierlei zu beachten. *Erstens*: Welcher Natur ist die Bedrohung, sollte der Schirm tatsächlich fallen? *Zweitens*: Welche militärischen Mittel müssen durchdacht werden, um den Wegfall amerikanischer Abschreckungskapazitäten zu ersetzen?

Die Natur der Bedrohung durch Russland besteht in dem strategischen und konventionellen Ungleichgewicht, das beim Wegfall der Abschreckung entstünde. Dies würde den innen- und außenpolitischen Handlungsspielraum Deutschlands erheblich dem Einfluss Moskaus aussetzen. Putin will das Trauma von 1991 revidieren und wieder auf Augenhöhe mit den USA gelangen. Er hat dies häufig und gut hörbar gesagt. Viel (Handlungsspiel-) Raum für Deutschland ist in solchem Denken nicht vorhanden. Es ist mithin unschwer zu erkennen, dass Putin solches (neues) Machtungleichgewicht schonungslos zu seinem Vorteil

ausnutzen würde. Die Mittel, um einem so entstehenden, strategischen und konventionellen Ungleichgewicht (mit all seinen politischen Konsequenzen) glaubwürdig zu begegnen, können nicht diplomatischer Natur allein sein. Putin hat Merkel bisher nicht zuletzt deshalb für voll nehmen müssen, weil sie das Ohr Barack Obamas und wirtschaftliches (Sanktions-)Gewicht hat, aber vor allem das nukleare und konventionelle Potential der USA im Hintergrund steht. Fiele letzteres weg, reduzierte sich Merkels Gewicht gegenüber Putin drastisch. Im Angesicht solcher vitaler Herausforderungen müssen drei Mittel zur Diskussion gestellt werden.

An *erster* Stelle steht die nukleare Bewaffnung Deutschlands. An *zweiter* Stelle die Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht. Und an *dritter* Stelle, stärker geeignet, um im Falle eines amerikanischen Rückzugs Zeit für den Aufbau der ersten beiden Mittel zu gewinnen, die Herauslösung Russlands aus SWIFT, dem System, das den internationalen Zahlungsverkehr elektronisch ermöglicht. Nur durch diese drei Mittel könnte das strategische Vakuum zum Schutz deutscher Sicherheit ausgefüllt werden. Gewiss: Der erste Ansatz fordert nicht weniger als die Kernüberzeugungen der Bundesrepublik heraus. Er muss aber im Kontext des potentiellen Wegbruchs jenes Fundaments gesehen werden, das der Bundesrepublik nach 1945 überhaupt erst die Möglichkeit gegeben hat, frei zu sein und wohlhabend zu werden. Das zweite Mittel wird ebenfalls innenpolitisch hoch umstritten sein. Und dennoch: Sollte das genannte Szenario eintreten, ergäbe sich eine Konstellation, die gewohnte politische Reflexe substantiell herausfordert. Das dritte Mittel, SWIFT, noch kürzlich extrem erfolgreich angewendet gegenüber dem Russland ja ähnlich vom Export von Öl und Gas abhängigen Iran, bliebe abhängig von der Frage, ob eine Annäherung Trump-Putin eine Zustimmung des amerikanischen Präsidenten zum Ausschluss Russlands von SWIFT erübrigt.

Zusammengenommen: Ein solches, gewiss wenig wünschenswertes Szenario, das eine nukleare Bewaffnung Deutschlands einschliesse, rief natürlich die Reaktionen anderer europäischer Staaten auf den Plan. Aber könnte Berlin unter solchen Umständen tatsächlich erst den Konsens der anderen 27 Mitglieder einwerben, bevor es handelte? Und damit Russland Zeit geben, dies in hybrider Form zu konterkarieren? Ist es nicht vielmehr so, dass eine solche existentielle Lage einen initiativen Führungswillen Deutschlands bedingt, der sich mit dem antizipierten Konsens der gemeinsamen Bedrohungsperzeption für Europa rechtfertigen ließe? Vielleicht erzeugte der Kontext des von Trump

herbeigeführten Szenarios tatsächlich eine strategische Debatte in Europa. Gleichviel, Berlin müsste in einer solchen Situation schwierige Entscheidungen treffen. Deutschland täte gut daran, sich unmittelbar der Frage des potentiellen strategischen Vakuums zu stellen. *Si vis pacem, para bellum* – es bleibt dabei.

PD Dr. Maximilian Terhalle ist Associate Professor of International Politics, Winchester University (UK), und Senior Research Fellow, Cambridge University (Centre for Rising Powers). Er forscht u.a. zur Frage, wie Grossmaechte globale Ordnungen neu verhandeln. Zuletzt ist von ihm "The Transition of Global Order" (Palgrave 2015) und "The Munich Consensus and the Purpose of German Power" in *Survival* (2016) erschienen.

